

Die Zukunft der Kohäsionspolitik der Europäischen Union ab 2014:

# Kommunen stärker im Blickpunkt der Förderung

Mit ihrem am 6. Oktober 2011 vorgestellten Gesetzespaket will die Europäische Kommission die europäische Kohäsionspolitik reformieren und auf die Ziele der Strategie „Europa 2020“ ausrichten. Die Vorschläge setzen dabei auch neue Akzente zur Förderung der lokalen Entwicklung.

Ein Beitrag von  
Dr. Dirk Ahner

Europa steht vor einer Reihe von Herausforderungen, die es zu bewältigen gilt, um eine nachhaltige Entwicklung zu sichern. Die Wirtschafts- und Finanzkrise der vergangenen Jahre ist noch nicht überwunden. Der Wettbewerbsdruck infolge der Globalisierung der Wirtschaft wächst weiter. Wichtige Rohstoffe, darunter auch fossile Energieträger, werden im Vergleich zur wachsenden Nachfrage knapper. Die Auswirkungen des Klimawandels werden immer mehr spürbar. Die Bevölkerung in Europa altert und nimmt in verschiedenen Regionen bereits ab. Dagegen steigt die Zahl der Menschen, die von relativer Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht sind. Diese wachsende Polarisierung der Gesellschaft führt in einigen Fällen bereits zu erheblichen sozialen Spannungen.

Vor diesem Hintergrund haben die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union im vergangenen Jahr unter dem Titel **„Europa 2020“** eine Entwicklungsstrategie für das kommende Jahrzehnt beschlossen. Sie zeigt mit ihren Zielen und Leitprojekten einen Weg auf, den Herausforderungen der nächsten Jahre zu begegnen. In ihrem Mittelpunkt steht intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum.

Die Strategie „Europa 2020“ ist die Richtschnur für die **zukünftige Kohäsionspolitik**. Intelligentes Wachstum setzt Investitionen in Forschung, Entwicklung und Innovation voraus. Innovation entsteht nicht alleine aus Forschung, sie kommt auch aus dem Unternehmensbereich, aus Markterfahrung und neuen Ideen, aus der Zusammenarbeit zwi-



Mit Hilfe der EU-Kohäsionspolitik sollen schwache Regionen in die Lage versetzt werden, zu den stärkeren aufzuschließen

schen Unternehmen und ihrer Kooperation mit Forschungsinstituten und Universitäten. Sie zielt auf eine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit ab.

Nachhaltiges Wachstum bedeutet Wachstum, das die Umwelt schont und sparsam mit den vorhandenen Ressourcen umgeht. Dazu gehören, gerade auch mit Blick auf den Klimawandel, eine hohe Energieeffizienz und die Nutzung erneuerbarer Energien sowie nachwachsender Rohstoffe.

Integratives Wachstum will durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze und darauf abgestimmter Aus- und Weiterbildung sowie durch Maßnahmen zur sozialen Eingliederung mehr Menschen den Weg in die Arbeit erleichtern und auf diese Weise soziale Spannungen abbauen und der Polarisierung der Gesellschaft entgegenwirken.

Für die Erreichung dieser Ziele ist die Mobilisierung der Menschen vor Ort oft ein

## Zum Autor:

**Dr. Dirk Ahner** ist Generaldirektor der Generaldirektion Regionalpolitik der Europäischen Kommission.

entscheidender Faktor. Deshalb ist die Rolle der Städte und Gemeinden bei der Bewältigung der zukünftigen Herausforderungen und der Verwirklichung von „Europa 2020“ äußerst wichtig. Die Kommunen sind am dichtesten am Menschen. Ihre Programme und Projekte betreffen die Bürgerinnen und Bürger unmittelbar. Die Vorschläge der Europäischen Kommission setzen dementsprechend neue Akzente zur Förderung der lokalen Entwicklung in einem Rahmen, der den Zielen der Strategie „Europa 2020“ treu bleibt.

### Lokale Entwicklung fördern

Ein wesentliches Ziel der Vorschläge ist es, integrierte Ansätze vor allem dort zu ermöglichen, wo komplexe territoriale und lokale Herausforderungen bestehen. In diesem Zusammenhang wollen wir in Zukunft auch lokale Gruppen stärker durch die Regionalpolitik fördern. Die Einbindung der Kommunen und der Zivilgesellschaft erzeugt echte Bindung zu den Projekten und hilft so den Erfolg sichern. In der jetzigen Förderperiode ist es für die Endbegünstigten oftmals schwierig, da sie mit verschiedenen Fonds und Begleitausschüssen zu tun haben.

Die lokalen Entwicklungsstrategien sollen auf integrierten Konzepten über Sektoren hinweg beruhen. So ist es möglich, auf lokale Bedürfnisse und Potenziale in kleinen Räumen einzugehen und „Europa 2020“ zu den Menschen vor Ort zu bringen. Die Strategien werden von lokalen Aktionsgruppen erarbeitet. Diese können, ja sollten, eine möglichst breite Zusammensetzung haben (Kommunen, Sozialpartner, Organisationen der Zivilgesellschaft, Unternehmen, Privatpersonen ...).

Die integrierten lokalen Entwicklungsstrategien können über Sektoren und Fondsgrenzen hinweg angelegt werden. Dementsprechend kann die Finanzierung über einen oder mehrere Fonds, also über den Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE), den Europäischen Sozialfonds (ESF), den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds (EMFF) erfolgen. Die Strategien werden dann von den Verwaltungsbehörden zusammen bewertet und ausgewählt. Lokale Entwicklungsstrategien können demnach tatsächlich über die Grenzen sektoraler Politiken hinweg angelegt werden (multi-disziplinär, multi-sektoriell, multi-Fonds).

Der neue Ansatz für die lokalen Aktionsgruppen fördert einen dezentralen Ansatz „von unten nach oben“ (den Bottom-up-Prozess). Keine Gruppe darf die absolute Mehrheit im Gremium haben.

Die Vorschläge wenden sich an die Kommunen und die Zivilgesellschaft, lokale Aktionsgruppen zu gründen, um integrierte lokale Entwicklungsstrategien zu erarbeiten, Projekte zu selektieren und zu implementieren. Die Kompetenzen der Gruppen können recht weitreichend sein und sogar Budgetkompetenz beinhalten. Die genauen Kompetenzen der lokalen Aktionsgruppen werden von den Regionen – in Deutschland sind es die Bundesländer – bestimmt.

### Städtische Themen herausstellen

Integrierte Stadtentwicklung wird ein wichtiges Thema bleiben, wobei dieser Akzent keine Benachteiligung ländlicher Räume und Kommunen bedeutet. Im Gegenteil, die neuen Vorschläge geben weitgehende Möglichkeiten, integrative Ansätze und Programme zu entwickeln, um gerade auch ländlichen Kommunen Entwicklungsmöglichkeiten zu geben und die Stadt-Land-Beziehungen zu stärken.



Die Kohäsionspolitik soll in Zukunft noch stärker als bisher auf eine nachhaltige Stadtentwicklung ausgerichtet werden

Städtische Entwicklung bekommt einen eigenen Fokus in den strategischen Dokumenten, also dem Gemeinsamen Strategischen Rahmen, dem Partnerschaftsvertrag und den operationellen Programmen. Die resultierenden städtischen Entwicklungsstrategien sollen auf integrierten Investitionen fußen und einen ganzheitlichen Ansatz bieten.

Es sind eine Reihe von städtischen Themen als Investitionsprioritäten in den Verordnungen aufgenommen. Dazu gehören umweltgerechter städtischer Transport und Strategien zur Kohlendioxid-Verminderung. Daher wird es einfacher sein, städtische

Themen explizit in die operationellen Programme aufzunehmen. Die Vorschläge sehen auch verschiedene Möglichkeiten vor, die Umsetzung von Investitionen an Kommunen zu delegieren. Integrierte Stadtentwicklung kann aus einem oder mehreren Programmen oder Fonds finanziert werden.

Die Finanzausstattung für urbane Programme sichert mit einem Mindestumfang von fünf Prozent der EFRE-Allokationen eines Landes ein Minimum an Ressourcen, um städtischen Themen nachgehen zu können. Weiterhin können innovative und experimentelle Pilotprojekte in Städten in der EU mit insgesamt 0,2 Prozent der EFRE-Mittel – das sind nach den Vorschlägen der Kommission immerhin um die 400 Millionen Euro – gefördert werden.

## Die nächsten Monate

Die Gesetzesvorschläge enthalten eine Reihe von neuen Vorschlägen, um integrierte Ansätze zu fördern. Sie gelten für alle fünf territorialen EU-Fonds. Es ist wichtig, sich möglichst bald für die nächste Periode vorzubereiten, selbst wenn die Diskussionen im Europäischen Parlament und im Rat der Union sich noch einige Monate hinziehen werden. Die Zeit vor der nächsten Periode muss gut genutzt werden.

Die Kohäsionspolitik wird in Zukunft zielorientierter sein. In diesem Zusammenhang gilt es zunächst, die Herausforderungen zu identifizieren und dann zu sehen, wie die Aktionen aussehen können. Dieser Prozess benötigt Zeit und Abstimmung mit den „Stakeholdern“, um auch eine Bindung zu den Aktionen und Projekten vor Ort herzustellen. Dieser Prozess kann schon jetzt beginnen.

In diesem Zusammenhang gilt es auch, die Potenziale für lokale Aktionsgruppen und Stadtentwicklung auszuleuchten und sich schon jetzt erste Gedanken zu machen, wo und welche integrierten lokalen Entwicklungsmaßnahmen durchgeführt werden sollten. ■

## Infos

**Mitteilung zu „Europa 2020 – Eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum“:**

☞ <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2010:2020:FIN:DE:PDF>

**Internetseite der Europäischen Kommission mit den Gesetzgebungsvorschlägen für die EU-Kohäsionspolitik 2014 bis 2020:**

☞ [http://ec.europa.eu/regional\\_policy/what/future/proposals\\_2014\\_2020\\_de.cfm#1](http://ec.europa.eu/regional_policy/what/future/proposals_2014_2020_de.cfm#1)

## EU-Kohäsionspolitik von 2007 bis 2013

### Investitionen in Deutschland

Die Europäische Union (EU) umfasst 27 Mitgliedstaaten, die eine Gemeinschaft und einen Binnenmarkt von 493 Millionen Bürgerinnen und Bürgern bilden. Dennoch besteht nach wie vor ein großes wirtschaftliches und soziales Gefälle zwischen diesen Ländern und ihren 271 Regionen. Die Europäische Kohäsionspolitik steht im Zentrum der Bemühungen, die Wettbewerbsposition der Union als Ganzes, und insbesondere ihrer schwächsten Regionen, zu verbessern.

Mit Hilfe des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) und des Europäischen Sozialfonds (ESF), auch als Strukturfonds bekannt, sowie des Kohäsionsfonds unterstützt die Europäische Union Tausende von Projekten in allen Regionen Europas, um ihr Hauptziel zu erreichen: die Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts durch den Abbau dieser Ungleichgewichte zwischen den Mitgliedstaaten und den Regionen.

Für die aktuelle Förderperiode für den Zeitraum von 2007 bis 2013 steht den Mitgliedstaaten und Regionen ein Budget von etwa 347 Milliarden Euro zur Verfügung. Davon entfallen etwa 26,4 Milliarden Euro auf Deutschland. Diese Summe umfasst

16,1 Milliarden Euro im Rahmen des Konvergenzziels, 9,4 Milliarden Euro im Rahmen des Ziels „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ sowie 850 Millionen Euro unter dem Ziel „Europäische territoriale Zusammenarbeit“. Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Lüneburg fallen unter das Konvergenzziel. Alle weiteren Regionen fallen unter das Ziel „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“.

Deutschland hat seine strategischen Prioritäten auf 36 Programme übertragen. Der EFRE und der ESF unterstützen jeweils 18 Programme: ein Regionalprogramm für alle 17 Bundesländer plus Lüneburg. Zusätzlich laufen zwei Programme auf Bundesebene: ein Programm für „Verkehr“ sowie ein Programm für „Bildungs- und Ausbildungsmaßnahmen“. Schließlich nimmt Deutschland an 23 europäischen Programmen für territoriale Zusammenarbeit teil.

**Europäische Kohäsionspolitik in Deutschland:**

☞ [http://ec.europa.eu/regional\\_policy/sources/docgener/informat/country2009/de\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docgener/informat/country2009/de_de.pdf)